

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/7856 -**

Straftaten in Hannover

Anfrage der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Sylvia Bruns und Christian Grascha (FDP) an die Landesregierung,
eingegangen am 30.03.2017, an die Staatskanzlei übersandt am 12.04.2017

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 10.05.2017,
gezeichnet

Boris Pistorius

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Zuge der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Kriminalität in der Landeshauptstadt Hannover“ (Drucksache 17/7611) ergeben sich weitere Fragen.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Berichterstattung des Ministeriums für Inneres und Sport sowie der Polizeibehörden im Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung basiert grundsätzlich auf den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).

Die statistischen Basiswerte werden mittels des Auswertetools des Niedersächsischen Vorgangsbearbeitungs-, Analyse-, Dokumentations- und Informations-Systems (NIVADIS) „Nivadis 2.0“ erhoben. Die Auswertung von Straftaten nach Zustellbereichen der Post (Postleitzahl) ist nicht vorgesehen.

Auf der Grundlage der Berichterstattung der Polizeidirektion Hannover korrelieren die Zustellbezirke nach Postleitzahlen weder mit den polizeilichen Zuständigkeitsbereichen noch sind diese mit den politischen Grenzen der Stadtbezirke bzw. Ortsteile in der Landeshauptstadt deckungsgleich. Ferner werden bei der Polizeidirektion Hannover ausschließlich die Einwohnerzahlen vorgehalten, die innerhalb der Grenzen der jeweiligen Polizeidienststellen amtlich gemeldet sind.

Das Landeskriminalamt Niedersachsen prüft derzeit die dortigen Auswertmöglichkeiten zur Beantwortung der nachfolgenden Fragestellungen 2 und 3. Es wird unaufgefordert nachberichtet.

Daneben wird auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Kriminalität in der Landeshauptstadt Hannover“ (Drucksache 17/7611) vom 16.03.2017 hingewiesen.

- 1. Wie hat sich die Kriminalität in den einzelnen Stadtteilen von Hannover seit 2013 entwickelt (bitte nach Postleitzahlen und Delikten aufschlüsseln unter Nennung der jeweiligen Einwohnerzahl)?**

Siehe Vorbemerkung.

^{*)} Die Drucksache 17/8042 - ausgegeben am 12.05.2017 - ist durch diese Fassung zu ersetzen.
Nachtrag des MI vom 17.07.2017 (**Anlage**).

- 2. Wie hat sich die Zahl der Einbruchdiebstähle seit 2013 in Hannover entwickelt (bitte nach Postleitzahlen aufschlüsseln)?**

Siehe Vorbemerkung.

- 3. Wie hat sich die Zahl der politisch motivierten Straftaten seit 2013 in Hannover entwickelt (bitte nach Postleitzahlen aufschlüsseln)?**

Siehe Vorbemerkung.



Herrn Präsidenten
des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung –
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Bearbeitet von: Herrn Jahns

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
Drs. 17/7856

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl Nr. (05 11) 1 20-
6021

Hannover
17.07.2017

**Nachtrag zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Straftaten in Hannover“
– LT-Drs. 17/ 7856**

der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Sylvia Bruns und Christian Grascha (FDP)

Bezugnehmend auf die Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 10.05.2017 (LT-Drs 17/8042) wird mitgeteilt, dass die Postleitzahl (PLZ) kein Merkmal der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist. Das bundesweit tatortbestimmende PKS-Merkmal ist der sogenannte Gemeindegemeinschaftsschlüssel. Die PLZ wird im Vorgangsbearbeitungssystem NIVADIS in der Regel zu einem Vorgang z. B. als Merkmal des Ereignisortes erfasst. In den NIVADIS-Auswertungs-Standardinstrumenten der PKS, den sogenannten OLAP-Würfeln, die aggregierte Daten der PKS darstellen, ist die PLZ als PKS-Merkmal jedoch nicht vorhanden. Nach einer Prüfung des Landeskriminalamts Niedersachsen ist es nicht möglich, die festgeschriebenen PKS-Daten der zurückliegenden Jahre, welche in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung („Kriminalität in der Landeshauptstadt Hannover“ - LT-Drs 17/7611) dargestellt wurden, nach Postleitzahlen aufzuschlüsseln.

Zur kriminologischen Aussagekraft ist darüber hinaus Folgendes anzumerken:

Die PLZ-Bezirke sind nicht nach Kriterien erstellt, die einen Zusammenhang mit Kriminalitätsercheinungen und deren Ursachen haben. Daher gibt es weder in der polizeilichen Organisations-

**Dienstgebäude/
Paketanschrift**
Lavesallee 6
30169 Hannover

Telefon
(05 11) 1 20-0
Telefax
(05 11) 1 20-65 50

Nach Dienstschluss:
(05 11) 1 20-61 50

E-Mail
poststelle@mi.niedersachsen.de

Überweisung an Niedersächsische Landeshauptkasse Hannover
Konto-Nr. 106 035 355
Norddeutsche Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
IBAN DE4325050000106035355
BIC NOLADE2HXXX

struktur noch in der kommunalen Infrastruktur vergleichbar zugeschnittene Bezirke, über die Sekundärdaten wie Bevölkerungszahl, Sozialstruktur, bauliche und soziodemografische Merkmale, Schwerpunkte polizeilicher oder kommunaler Prävention verfügbar sind. Die Grenzen der PLZ-Gebiete sind für die Landeshauptstadt Hannover auch deshalb als Informationsquelle für Kriminalitätsphänomene ungeeignet, da sie vielfach kriminalgeografisch zusammenhängende Gebiete trennen oder auch unzusammenhängende Gebiete zusammenfassen.

Zur Fragestellung 3 wird darauf hingewiesen, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik gemäß der bundeseinheitlichen Richtlinien grundsätzlich keine Staatsschutzdelikte umfasst. Zur Gewährleistung einer ganzheitlichen Lagedarstellung und Beobachtung der Politisch motivierten Kriminalität führen der Bund und die Länder Fallzahlenübersichten, in denen die Meldungen der Landeskriminalämter im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) nach der Tatzeit erfasst werden. Es finden nur die Straftaten (Vergehen, Verbrechen und Versuche) Berücksichtigung, denen eine politische Tatmotivation zugrunde liegt, sowie die „echten Staatsschutzdelikte“ (§§ 80-83, 84-86a, 87-91, 94-100a, 102-104a, 105-108e, 109-109h, 129a, 129b, 234a, 241a StGB). Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität aufgrund der vereinbarten Erfassungsvorgaben eine ständige Aktualität. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Es handelt sich aufgrund des dynamischen Datenbestandes um eine „lebende“ Statistik.

Bei Veröffentlichungen zur Kriminalitätsentwicklung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität handelt es sich nicht um die festgeschriebenen Jahresdaten der PKS. Insofern war es in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Fallzahlen möglich, die nachfolgende Tabelle vom Landeskriminalamt Niedersachsen erstellen zu lassen. Bezugnehmend auf die kriminologische Aussagekraft wird auf die vorangehenden Aspekte hingewiesen.

Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität der Jahre 2013 bis 2017

(Stand: 11.05.2017)

Fallzahlen der politischen motivierten Kriminalität der Landeshauptstadt					
	2013	2014	2015	2016	2017
30159	124	109	251	295	44
30161	12	50	26	32	6
30163	7	1	3	10	1
30165	2	7	16	8	3
30167	30	72	87	55	8
30169	29	537	21	188	4
30171	6	4	4	12	1
30173	16	10	4	10	3
30175	4	7	6	3	
30177	9	5	4	3	1
30179	5	8	8	9	1
30419	10	17	17	16	4
30449	28	12	19	14	6
30451	25	14	20	22	4
30453	7	7	8	9	2
30455	1	5	7	6	2
30457	2	1	5	3	
30459	4	3	4	9	2
30519	3	7	8	8	2
30521	1		1	1	
30539	8	6	11	9	2
30559	3	5	9	9	2
30619					1
30625	4	4	4	13	
30627	2		3	3	
30629	4	6	6	4	
30655	6	2	7	4	3
30657	3	10	2	3	
30659	1	7	4	5	2
Keine Angabe	6	6	6	5	2
Gesamtergebnis	362	922	571	768	106